

## Wir klagen?

Von G. Möller.

Als gastgebender Kreisverband des Landesparteitages der AfD in der Oberhausener Stadthalle beziehen wir hier nun Stellung zu den Vorkommnissen im Vorfeld dieser Veranstaltung (siehe auch den Lokalteil der WAZ vom 24. 1. 2017).

*„Wie sehr Macht der Wahrheit im Wege steht, ergibt sich schon daraus, daß zur Macht die Angst gehört.“* (Hans A. Pestalozzi)

Zunächst baut ein Konsortium etablierter Politik systematisch das Gerücht auf, wir, die Alternative für Deutschland, hätten uns einen Einmietungsvertrag in die Stadthalle Oberhausen erschleichen wollen. Assistiert von heimischer Gefälligkeitspresse greift nun ein Szenario, in dem berufsentrüστεte Lokalpolitik sich zu Wort meldet. Ahnungslos, was die tatsächlichen Umstände der erfolgten Hallenanmietung betrifft, befeuern sie nun reflexartig eine einseitige Debatte über das Zulässige. Selbstverständlich reklamieren sie die Deutungshoheit darüber für sich.

Da sich Aktionismus immer gut macht, denn „wir haben ja gehandelt“, wird kurzfristig eine Ratssitzung einberufen, mit dem Ziel, ein „Zeichen zu setzen“.

Das ganze läuft suboptimal, denn diese selbstgefällige Selbstbeweihräucherung offenbart doch einige Schwachpunkte. Inszeniert durch den Zeremonienmeister Oberbürgermeister Daniel Schranz, erweist sich diese Sitzung doch als Sturm im Wasserglas. Anstatt seiner Verpflichtung entsprechend die Ratsmitglieder über die tatsächlichen Gegebenheiten zu informieren, galt sein Hauptaugenmerk mutmaßlich wohl seinem Bestreben sein ramponiertes „Macherimage“ krampfhaft wieder aufzubauen, was kurzfristig sogar gelang.

*„Was in der Politik noch fehlt, ist ein Machthungerstreik.“* (Werner Fink)

Der erste Schönheitsfehler dieser versuchten Mischung aus Betroffenheitsritual und politischer Machtdemonstration entstand durch ein Ausscheren der FDP aus diesem „Basta- Konsens“. Diese Tatsache konnte noch mühsam pressetechnisch kaschiert werden, aber es sollte noch „schlimmer“ kommen.

*„Wir sollten nicht aus den Augen verlieren, daß der Weg zur Tyrannei mit der Zerstörung der Wahrheit beginnt.“* (Bill Clinton)

Zunächst einmal ist durch den Grundsatz „Vertrag = Angebot + Annahme“ bereits der Fakt eines Mietvertrages zustande gekommen. Wir, der Kreisverband Oberhausen, weisen deshalb noch einmal auf geltendes Recht hin, welches das Vertragswesen im BGB und HGB eindeutig regelt. Zum Grundsatz der Vertragswahrheit gehört dem entsprechend auch die Definition der Vertragspartner. Die AfD-NRW hat sich zu diesem Grundsatz, bezogen auf den Mietvertrag, immer öffentlich bekannt und war bei einem Ortstermin auch personell präsent.

Etablierte Politik unserer Stadt muss sich somit Fragen nach einem taktischem Verhältnis zu Recht und Gesetz also gefallen lassen! Im Nachgang zu dieser Rat(los)sitzung tauchen als weiteres „Ärgernis“ Informationsdefizite, personifiziert durch den Hallen-Geschäftsführer Hartmut Schmitt auf. Anscheinend scheitert er bereits an einer chronologischen Aufbereitung der Vertragsanbahnung, im-

merhin will er für den „Fehler“ die volle Verantwortung übernehmen, was immer das auch bedeuten mag!?

Nein, die lokale Presse titelt falsch! Nicht die AfD klagt sich in die Stadthalle ein, sondern wehrt sich nun juristisch mit einem Antrag auf einstweilige Verfügung beim Landgericht Duisburg gegen den Versuch, einen geltenden Vertrag rechtswidrig zu brechen. Wir klagen also nicht, sondern beantragen. Die AfD stemmt sich also gegen einen willkürlichen Rauswurf!

„Kommunikationsspannen“, „dumme Überraschung“, „weiteres Trauerspiel“...; mehr fällt dem Kartell der Mächtigen-Demokratiehütern zu diesem Skandal nicht ein.

*„Erfahrene Juristen bezeugen, dass es vor Gericht von Vorteil sein kann, wenn man im Recht ist.“*  
(Graham Chapman)

Die AfD vertraute auf Rechtsstaatlichkeit, welche uns als demokratische Partei das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Versammlungsfreiheit zusprach. Ein juristischer Sieg in einem unnötigen Verfahren, dessen Kosten die Stadt Oberhausen und somit deren Bürger zu tragen haben. Wir werden auch weiterhin für das Recht streiten und das im Bewußtsein, die Freiheitsrechte für jedermann zu erhalten und nicht zu einem Spielball der willkürlichen politischen Taktik verkommen zu lassen.

Der AfD- Kreisverband Oberhausen freut sich auf diesen Parteitag, seine Teilnehmer und Gäste und heißt diese herzlich willkommen!